

/// Kann ein sanfter und geregelter Brexit gelingen?

GOODBYE EUROPE

ALICE NEUHÄUSER /// Wie wird der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ablaufen? Zeichnet sich ein geregeltes oder ein ungeregeltes Ausscheiden aus der EU ab? Gibt es einen „hard Brexit“, einen „cold hard Brexit“ oder doch noch einen „soft Brexit“ durch die Hintertür? Warum will Großbritannien nicht im Binnenmarkt und der Zollunion verbleiben? Entscheidende Fragen werden die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bestimmen.

Am 23. Juni 2016 wurde erstmals in einem langjährigen EU-Mitgliedsland über einen Austritt abgestimmt. Die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs votierte mit einer knappen Mehrheit von 51,89 % für den Abschied aus der Gemeinschaft. Vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (EUV) im Jahr 2009 fehlte ein verbrieftes Recht, die EU zu verlassen. Dieses ist nun in Art. 50 EUV verankert.

Die britische Premierministerin Theresa May gab im Herbst 2016 bekannt, sie beabsichtige, Art. 50 EUV

Ende März 2017 auszulösen. Um das Austrittsverfahren einleiten zu können, muss Großbritannien dem Europäischen Rat zunächst seinen Beschluss, in der EU nicht verbleiben zu wollen, förmlich mitteilen. Danach können die Beratungen über den Brexit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beginnen. Gemäß Art. 50 Abs. 2 EUV soll „ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts ausgehandelt und [...] geschlossen werden, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird“¹.

Rechtsfragen, Zeitdruck und mangelnde Vorbereitung

Im November 2016 fällte der High Court sein Urteil, wonach eine Abstimmung des Unterhauses zwingend notwendig ist, bevor May die Brexit-Verhandlungen einläuten kann. Die Volksvertretung muss nach dem Richterspruch deshalb beteiligt werden, weil

Ende Juni 2016 votierte Großbritannien mit knapper Mehrheit für den AUSTRITT aus der EU.



© picture alliance / NurPhoto

„Aber wir treffen uns jetzt schon noch weiter alle zum Tee, nicht wahr? Und die Rosinenbrötchen gibt's dann hoffentlich auch noch ...“, könnte man hier Theresa May in den Mund legen. (r. François Hollande)

die britischen Bürger durch den EU-Austritt ihre europäischen Rechte verlieren. Die Regierung hält dagegen das Referendum vom Juni des vergangenen Jahres für ausreichend, möchte auf ein Votum des Parlaments verzichten und rief daher die höchste Instanz, den Supreme Court, an. Dieser bestätigte Anfang 2017, dass die Exekutive die Zustimmung des House of Commons einholen muss.

Die zweijährige Frist für die Konsultationen gemäß Art. 50 Abs. 3 EUV setzt alle Mitwirkenden unter enormen Druck. Das Vereinigte Königreich soll vor der nächsten Europawahl, die im späten Frühjahr 2019 stattfinden wird, die EU verlassen haben, da es nicht sinnvoll erscheint, dass ein ausscheidendes Mitglied noch an diesen Wahlen partizipiert und kurz darauf austritt. Unterdessen berief die EU-Kommission

ein Team und Michel Barnier zum Chefunterhändler, der für die Beratungen über die Details des Brexit 15 bis 18 Monate vorsieht. Anschließend werden Barnier zufolge vier bis neun Monate benötigt, um im Europäischen Parlament sowie im Rat über das intendierte Abkommen mit Großbritannien abzustimmen.² Die 27 restlichen EU-Mitgliedsländer müssen den Brexit-Deal mit einer qualifizierten Mehrheit annehmen.

Zwar ist eine Verlängerung grundsätzlich möglich, doch bedarf es hierfür eines einstimmigen Beschlusses des Europäischen Rats. Der zurückgetretene britische EU-Botschafter Ivan Rogers betrachtet den Zeitplan als unrealistisch und erwartet sogar rund ein Jahrzehnt Verhandlungsmarathon, bis ein Vertragsergebnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erzielt werden kann.³

England ist für den Brexit **NICHT** gerüstet.

Derweil galt das von den Gerichten eingeforderte Votum im Unterhaus von vornherein als reine Formsache. Auch wenn sich ein Großteil der Abgeordneten für den Verbleib des Landes in der EU engagierte, billigten 80,2 % der Parlamentarier den Brexit – allein schon deshalb, um sich nicht gegen den im Referendum ausgedrückten Mehrheitswillen der Bevölkerung zu stellen. Die Abstimmung im Oberhaus wird May ebenfalls gewinnen und kann danach den Austrittsantrag wie beabsichtigt Ende März nach Brüssel senden.

Ob das britische Kabinett und die Ministerien bereits hinreichend für den Abschied aus der EU gerüstet sind, darf bezweifelt werden. May hat eigens ein Brexit-Ministerium geschaffen, das von David Davis geführt wird. Dort werden noch bis zu 30.000 zusätzliche Mitarbeiter gebraucht.⁴ Und die Vorgängerregierung unter dem damaligen Premierminister David Cameron hat auch keine Strategie für Verhandlungen mit der EU und die Rückabwicklung von in britisches Recht umgesetzter EU-Gesetzgebung entworfen. Cameron ordnete 2013 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft an. Die drei Jahre bis zur Volksabstimmung verstrichen, ohne dass offenkundige Vorbereitungen für den Fall eines Brexit-Votums getroffen worden sind.

Zunächst haben allein EU-Staaten einen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Nach dem Vorbild Norwe-

gens kann ein Nicht-EU-Mitglied einen Antrag auf Partizipation am Binnenmarkt stellen. Dass mit einem Ausscheiden aus der EU zwangsläufig ein Austritt aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erfolgt, negiert die Denkfabrik British Influence und hält diese Sichtweise aus rechtlichen Gründen für falsch. Die Analysten wiesen schon in der zweiten Jahreshälfte 2016 darauf hin, dass das Vereinigte Königreich nicht nur die EU, sondern darüber hinaus den EWR förmlich verlassen muss; sollte lediglich die EU-Mitgliedschaft und nicht ausdrücklich auch die EWR-Zugehörigkeit beendet werden, würde Großbritannien nach dem Ausscheiden aus der EU im Binnenmarkt verbleiben.⁵ Abschließend ist diese Frage noch nicht beantwortet.

Ausstiegsszenarien

Es sind hauptsächlich Konturen, aber nur wenige inhaltliche Schwerpunkte und vereinzelte klare rote Linien für ein von Großbritannien intendiertes Austrittsabkommen erkennbar. In ihrer Brexit-Rede im Januar 2017 betonte May neuerlich, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger solle nicht mehr geduldet werden: „We will get control of the number of people coming to Britain from the EU.“⁶ Just an dem symbolträchtigen Ort, dem Lancaster House in London, wo die frühere Premierministerin Margaret Thatcher vor 29 Jahren für den Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Binnenmarkt geworben hatte, kündigte May den Austritt aus dem Binnenmarkt und der Zollunion an. Stattdessen sprach sie sich für ein Freihandelsabkommen mit der EU aus.⁷

In welcher Verbindung Großbritannien ab dem Frühjahr 2019 zur EU stehen wird, muss in den Austrittsverhand-

lungen geklärt werden. Grundsätzlich vorstellbar sind ein „soft Brexit“, ein „hard Brexit“ oder ein „cold hard Brexit“. May wünscht sich einen harten Brexit, der sanft und geregelt ablaufen soll.

„Modell Norwegen“

Ein weicher Brexit würde eine weitreichende ökonomische Verflechtung in der Zukunft gewährleisten und ist vor allem im Interesse einer nach wie vor engen und florierenden wirtschaftlichen Beziehung zwischen den EU-Mitgliedern und Großbritannien. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft und der drittgrößte Nettozahler der EU. Knapp die Hälfte der britischen Exporte gehen in andere EU-Länder, mehr als ein Drittel sogar in die Euro-Zone.⁸ Ein Ausschluss aus dem Binnenmarkt wird wahrscheinlich nicht nur für Großbritannien, sondern für die gesamte EU negative ökonomische Auswirkungen haben. Der Regierung May sind die Vorteile einer Mitgliedschaft im Binnenmarkt nach wie vor voll bewusst. Äußerst gern würde sie es deshalb sehen, wenn ihr Land darin verbleiben könnte. Doch lassen sich die damit ein-

EWR „einen zollfreien Zugang zum EU-Gütermarkt, einen unbeschränkten Zugang zum Dienstleistungsmarkt und zum Kapitalverkehr“⁹ sichern. Im Gegenzug müsste es die in der Öffentlichkeit und während der Referendums-kampagne heftig attackierte Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-Bürger akzeptieren und zudem weiter in den EU-Haushalt einzahlen, wenn auch deutlich geringere Beiträge als zuvor als EU-Mitglied. Beides lehnt die britische Premierministerin ab, wobei sie künftige finanzielle Leistungen nicht kategorisch ausschließt: „There may be some specific European programmes in which we might want to participate.“¹⁰

Der Zugang zum Binnenmarkt ist für Nicht-EU-Länder grundsätzlich mit Verpflichtungen verbunden. Das kleine Norwegen muss im Zeitraum 2014 bis 2021 jährlich ca. 400 Mio. € überweisen. Angesichts des etwa siebenmal so hohen britischen Bruttoinlandsprodukts würden Belastungen in Höhe von rund 2,8 Mrd. € pro Jahr erwartet.¹¹ Ferner müsste das Vereinigte Königreich sämtliche Regeln des Binnenmarkts anerkennen, also die zum Funktionieren des einheitlichen Markts notwendigen Richtlinien und Verordnungen, ohne dass es eine Chance hätte, an der Ausgestaltung mitwirken zu dürfen. Es würde überdies die Urteile des Europäischen Gerichtshofs befolgen müssen.

Aus ökonomischen Erwägungen ist dieses „Modell Norwegen“ das bestmögliche für Großbritannien und besonders seinen Finanzplatz London. „Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach einem Austritt eine große Wirtschaftsnation in Europa.“¹² Die EU-Staaten würden von dieser Option ebenfalls am meisten profitieren. Allerdings sprechen wesentliche Argumente gegen

Das „MODELL NORWEGEN“ kommt für May nicht in Frage.

hergehenden Konditionen innenpolitisch kaum vermitteln.

Mit dem „Modell Norwegen“ würde sich Großbritannien nach seinem Ausscheiden aus der EU als Mitglied des

einen solchen weichen Brexit: Da Großbritannien die Personen- bzw. Arbeitnehmerfreizügigkeit zu dulden hätte, müsste es die Einwanderung aus anderen EU-Ländern weiter ungehindert zulassen. Gerade die seit 2004 kontinuierlich hohe Zahl an Zuzügen aus Osteuropa und Ostmitteleuropa – allen voran aus Polen – wird von der Mehrheit der britischen Bevölkerung kritisiert.

Mit der Osterweiterung vor 13 Jahren hatte Großbritannien seinen Arbeitsmarkt für die neuen Mitgliedstaaten geöffnet. Seither sind über drei Millionen EU-Zuwanderer ins Vereinigte Königreich übergesiedelt, vor allem in der Anfangszeit. Deutschland hatte seinerzeit mit Übergangsregelungen von sieben Jahren die heimischen Arbeitnehmer vor Konkurrenz schützen wollen. Trotz der mit der Migration verbundenen ökonomischen Vorteile für Großbritannien und der Tatsache, dass der Beschluss im Vorfeld der Osterweiterung eine rein nationale Entscheidung war, die Brüssel nicht verlangt hatte, wurden Stimmen in der britischen Öffentlichkeit lauter, das Vereinigte Königreich habe die Kontrolle über die Einwanderung verloren. Der Ausgang des Referendums wurde von diesem Sachverhalt maßgeblich und massiv beeinflusst.

Das „Modell Norwegen“ würde ausserdem dem britischen Anspruch auf eine souveräne Gesetzgebung zuwiderlaufen, denn sämtliche Regeln des Binnenmarkts müssten beachtet werden und das Land würde der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterliegen. „Die Brexit-Anhänger wollen die von ihnen als Ballast empfundenen Regulierungen der EU abschütteln.“¹³ Überdies müsste Großbritannien weiter in den EU-Haushalt einzahlen.

Obwohl dem Vereinigten Königreich seit den 1980er-Jahren der so genannte Britenrabatt gewährt wird, überwies Großbritannien im Jahr 2015 11,5 Milliarden Euro mehr an die EU, als es erhielt. Die Menschen und die Politik sind größtenteils der Meinung, die derzeitigen Beiträge seien zu hoch, und sie lehnen finanzielle Verpflichtungen gegenüber der EU nach dem Austritt ab.

Unter Umständen würden sich viele Briten darüber hinaus fragen, worin der Brexit bestehe, wenn die zwei Hauptmotive (Ende der unkontrollierten Zuwanderung aus EU-Ländern und Rückholung der Parlamentsouveränität) trotz des Ausscheidens aus der EU nicht konsequent umgesetzt würden. Die Stimmung in der Bevölkerung könnte

Aus innenpolitischen Gründen streben die Konservativen einen HARTEN Brexit an.

sich dahingehend drehen, letztendlich hätten die unterlegenen EU-Befürworter obsiegt, weil der Status nach einem weichen Brexit in wichtigen Punkten der Vollmitgliedschaft ähneln würde: So blieben die vermeintlichen Lasten der Migration, der Regulierung und der finanziellen Forderungen von Seiten Brüssels, aber die Vorteile der EU-Zugehörigkeit wie z. B. die Mitbestimmung der Regeln des Binnenmarkts gingen gleichwohl verloren. Eine politische Niederlage der Conservative Party bei der nächsten Unterhauswahl wäre da-

mit vermutlich vorgezeichnet, weswegen Theresa May in ihrer Rede im Januar sowohl den Rückzug aus dem Binnenmarkt ankündigte als auch erklärte, die Integration nicht in Teilbereichen fortbestehen zu lassen, sondern einen harten Schnitt zu vollziehen: „Not partial membership of the European Union, associate membership of the European Union, or anything that leaves us half-in, half-out.“¹⁴

Ein weicher Brexit nach dem „Modell Norwegen“, der aus wirtschaftlichen Motiven für geeignet gehalten werden kann, wird aus innenpolitischen Gründen nicht zu realisieren sein. Es sei denn, die EU würde bereit sein, den britischen Anspruch nach einer spürbaren Senkung der Einwandererzahlen aus EU-Staaten zu akzeptieren. Da das Vereinigte Königreich bei der Osterweiterung auf siebenjährige Übergangsregelungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern verzichtet hat, hätte – sofern alle Beteiligten guten Willens wären – der Kompromiss lauten können: Großbritannien verlässt Anfang 2019 die EU, verbleibt nach dem „Modell Norwegen“ im Binnenmarkt und darf für eine Zeitspanne von ebenfalls sieben Jahren die Arbeitnehmerfreizügigkeit für neue Fälle aussetzen.

Hiermit würde allerdings einem „Binnenmarkt à la carte“ Tür und Tor geöffnet, weshalb das Vereinigte Königreich nicht mit einer derartigen Nachgiebigkeit seitens des EU-Verhandlungsteams rechnen kann. Die EU-Institutionen sind vielmehr daran interessiert, „dass der Austritt für die Briten schmerzliche Folgen haben wird – schon deshalb, weil sie mögliche Nachahmer abschrecken und einem allmählichen Zerfall der Staatengemeinschaft vorbeugen wollen“¹⁵.

Vor diesem Hintergrund entschied sich May, das Heft des Handels in die eigene Hand zu nehmen und von sich aus zu erklären, den Binnenmarkt verlassen zu wollen. Stattdessen zielt sie auf ein Freihandelsabkommen mit der EU, das ihrem Land einen umfassenden Zugang zum Binnenmarkt sichert: „This agreement should allow for the freest possible trade in goods and services between Britain and the EU.“¹⁶

„hard Brexit“

Unter einem harten Brexit wird ein geregelter Ausstieg Großbritanniens aus der EU verstanden, wobei das Vereinigte Königreich auf eigenen Wunsch zu einem reinen Drittstaat degradiert wird, der nicht mehr in einer privilegierten Vertragsbeziehung zur EU steht. Innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Jahren wird ein Abkommen geschlossen, wobei der Aufenthaltsstatus für Briten in der EU und EU-Bürger im Vereinigten Königreich garantiert wird.

Zum Austrittszeitpunkt in Großbritannien ansässige Bürger aus den verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländern können nicht ausgewiesen werden. Das Oberhaus hat nach Prüfung dieses Sachverhalts solchen Überlegungen mit dem Verweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die Großbritannien anzuwenden hat, einen Riegel vorgehoben. Die Argumente der Brexit-Befürworter, viele Briten ständen in Konkurrenz zu Zuwanderern auf dem angespannten Wohnungsmarkt und um Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte, werden also vermutlich nicht verstummen. Zwar erlangt das Vereinigte Königreich in Migrationsfragen die vollständige Souveränität zurück und kann alsdann die Zahl künftiger Einwanderer

Der „hard Brexit“ bringt England zukünftig die **SOUVERÄNITÄT** in Migrationsangelegenheiten.

erheblich verringern; aber dies trifft nur für neue Fälle zu.

Mays Brexit-Strategie ist davon gekennzeichnet, der Forderung nach Kontrolle und Reduktion der Migration Rechnung zu tragen und dafür sogar die Mitgliedschaft im Binnenmarkt zu opfern. Ein harter Brexit bedeutet, dass dieses Anliegen gegenüber wirtschaftlichen Interessen die Oberhand gewinnt. Erwartet wird, dass May nach Abschluss eines Austrittsabkommens eine vorgezogene Unterhauswahl anberaumen wird, bei der sie sich ein Zeugnis über den Brexit-Vertrag ausstellen lassen möchte. Dies wäre ein äußerst geschickter Schachzug. Denn während die Abgeordneten des House of Commons größtenteils als Anhänger eines weichen Brexit gelten, favorisieren die meisten Bürger und Theresa May diesen harten Brexit. Die Wähler werden aller Voraussicht nach mit Mehrheit für die Conservative Party der Premierministerin stimmen, die ihren eindringlichen Appell in der Zuwanderungsfrage erhört und umgesetzt hat. Natürlich besteht das Risiko, dass die United Kingdom Independence Party die Wahlkampf-Debatten darauf zuspitzen wird, dass lediglich die künftige Migration aus EU-Staaten begrenzt werden kann. Erfolgversprechend ist diese Taktik freilich nicht, da auch die UKIP im unwahrscheinlichen Fall eines Wahlsiegs an die Europäische

Menschenrechtskonvention gebunden sein wird. Sollte es darüber hinaus anschließend zu einer Rezession kommen, kann die britische Regierung die Verantwortung der Bevölkerung anlasten, die den Ausstieg aus dem Binnenmarkt hinzunehmen bereit war, wenn dafür die Einwanderung gedrosselt werden würde. Vor diesem Urnengang wird das Abkommen in beiden britischen Parlamentskammern beraten und zur Abstimmung gestellt. Dieses Zugeständnis haben die Abgeordneten der Premierministerin inzwischen abgerungen. Sollten die Parlamentarier viele Aspekte als negativ für Großbritannien betrachten, könnten sie ihr Einverständnis verweigern. Gerade die Abgeordneten des Unterhauses, die allesamt durch das Mehrheitswahlsystem ins Parlament einziehen, müssen die Auswirkungen dieses Deals auf ihre jeweiligen Wahlkreise im Blick haben.

Dass das Brexit-Abkommen einige nachteilige Gesichtspunkte für das Vereinigte Königreich beinhalten wird, ist beinahe unumgänglich. Denn die britische Verhandlungsposition ist denkbar ungünstig. Das Land zeigt sich erstens durch das Austrittsvotum extrem illoyal gegenüber der EU und ist zweitens ökonomisch deutlich stärker von ihr abhängig als andersherum: „Im Jahr 2015 lieferte das Vereinigte Königreich gut 44 % seiner Ausfuhren in die übrigen EU-Mitgliedsstaaten – aber nur 6,5 % aller EU-Exporte gingen auf die britischen Inseln.“¹⁷ Aus dem Gefühl der Überlegenheit heraus meint die EU, die Bedingungen des Abkommens weitgehend diktieren zu können, was die Chancen auf Milde und Entgegenkommen dämpft.

Während die Bevölkerung die Kontrolle der Migration mit einem harten

Brexit verbindet, sind ökonomische Aspekte für die Parlamentarier relevanter. Wenige Konzessionen bei der Frage nach dem Zugang britischer Finanzprodukte zur EU könnten zu einer Ablehnung des Austrittsdeals führen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen eines Scheiterns in einer oder beiden Parlamentskammern sind schwer einzuschätzen. Die vollmundige Ankündigung Mays, der Austritt werde sanft und geregelt ablaufen, hätte sich in diesem Fall nicht bewahrheitet.

Zoll- und Freihandelsabkommen

Das Vereinigte Königreich könnte mit der EU aushandeln, den im Vergleich zum Drittstaat etwas abgemilderten Status eines Vertragspartners eines Freihandelsabkommens zu erreichen und manche Regelungen aus der Zollunion in ein neues Vertragswerk zu überführen. May strebt einen zollfreien Handel

England soll die VORTEILE der Zollunion bewahren.

mit der EU an. In der Zollunion will Großbritannien hingegen nicht verbleiben, um die Handelsbeziehungen mit den USA, China, Indien, Brasilien, Australien, Neuseeland, den Golfstaaten und anderen unabhängig gestalten zu können. Es soll jedoch ein Zollabkommen mit der EU geschlossen werden, damit Großbritannien die vorteilhaften Bestimmungen aus der bestehenden Zollunion wieder anwenden kann. Ein

„Modell Türkei“ ist also nicht intendiert.

Im Januar 2017 hat May ihre Überlegungen zu einem Freihandelsabkommen erstmals dezidiert gegenüber der Öffentlichkeit geäußert. Der Entstehungsprozess wäre gewiss langwierig; es könnten sich beispielsweise ähnliche Schwierigkeiten wie bei CETA und TTIP ergeben. Zeitintensiv wäre darüber hinaus, dass Großbritannien sich mit der Welthandelsorganisation (WTO) auf die eigenen Mitgliedschaftsbedingungen verständigen müsste. Zwar ist das Vereinigte Königreich natürlich bereits heute WTO-Mitglied, allerdings wurden die WTO-Regeln mit der EU und nicht mit deren Einzelstaaten vereinbart. Es ist daher zu erwarten, „dass Zölle und nichttarifäre Handelsbeschränkungen zumindest bis zur Unterzeichnung eines solchen Abkommens auf Basis der WTO wieder eingeführt werden“¹⁸ müssten, was in der Übergangszeit wahrscheinlich ökonomischen Schaden nach sich ziehen wird.

Diese Probleme sind der britischen Regierung bewusst. Da sie große Sympathien für ein Freihandelsabkommen mit der EU hegt, pocht sie darauf, dass dem Vereinigten Königreich zwischen dem EU-Austritt und dem Vertragsabschluss dieses Handelsabkommens Sonderregeln gewährt werden, die vor allem dem Finanzsektor helfen, sich der neuen Situation außerhalb des Binnenmarkts anzupassen. Gleichzeitig soll diese Übergangsphase begrenzt sein, um lang andauernde Unsicherheiten zu vermeiden. Die Vorzüge dieser losen Zusammenarbeit liegen freilich darin, dass Großbritannien keine Vorgaben wie beim „Modell Norwegen“ berücksichtigen muss. Ein größtmöglicher Zugang zum EU-Binnenmarkt soll erreicht werden, damit

Waren und Dienstleistungen weiter zollfrei ausgetauscht werden können.

Nach dem EU-Austritt kann das Vereinigte Königreich Freihandelsabkommen mit Nicht-EU-Mitgliedern unabhängig vereinbaren. Zunächst mussten die britischen Chancen als eher

May strebt ein FAIRHANDELSABKOMMEN mit der EU an.

schlecht eingeschätzt werden, auf diesem Gebiet nennenswerte Resultate zu erzielen. So betonte der frühere US-amerikanische Präsident Barack Obama bei seinem kurz vor dem EU-Referendum erfolgten London-Besuch, er strebe ein Handelsabkommen mit der EU an; ein ausgeschiedenes Großbritannien könne mittelfristig nicht mit einem separaten US-amerikanisch-britischen Freihandelsabkommen rechnen. Ein knappes Dreivierteljahr später ist diese Sichtweise überholt. TTIP gilt heute als gescheitert und der neue US-amerikanische Präsident Donald Trump hat dem engen Verbündeten bereits vor seiner Amtseinführung ein bilaterales Handelsabkommen angeboten. Postwendend warnte Brüssel, mit den Beratungen nicht vor dem EU-Austritt zu starten.

„cold hard Brexit“

Ein „cold hard Brexit“ würde bedeuten, dass Großbritannien die EU ohne jegliche Regelung verlässt, weil beide Seiten die zweijährige Frist ohne Vertragser-

gebnis verstreichen lassen bzw. sich nicht auf eine Verlängerung des Verhandlungsprozesses einigen können. Als Ursache kommt in Betracht, dass die Einstimmigkeit im Europäischen Rat verfehlt wird. Spannungen und offener Streit mit Unterhändlern des Vereinigten Königreichs könnten der Auslöser dafür sein, dass die EU dem austrittswilligen Land keine oder kaum Zugeständnisse und keine Fristverlängerung über die vertraglich verankerten 24 Monate hinaus einräumen wird, was einen „cold hard Brexit“ zur Konsequenz hätte. Eine derartige Fahrlässigkeit käme einer Bankrotterklärung der EU gleich. Denn sie erlaubt bei der Ausarbeitung des aktuellen EUV erstmals eine Austrittsoption; danach scheint sie unfähig zu sein, eine solche in der Praxis umzusetzen.

Ausblick

In den acht Monaten nach dem EU-Referendum zeichnet sich ab, dass die befürchteten dramatischen ökonomischen Auswirkungen des Brexit-Entscheids ausgeblieben sind. „Trotzdem sollten Brüssel und London in den Verhandlungen nicht vergessen, wie wichtig eine florierende Wirtschaft für beide Seiten ist.“¹⁹ Großbritannien hat die EU, anders als Deutschland und Frankreich, nie als Friedensprojekt begriffen. Die traditionell andere Sichtweise auf die EU, die von Pragmatismus und ökonomi-

Die Austrittsverhandlungen sollten FAIR bleiben

mischen Interessen geprägt ist, sollte bei den Austrittsgesprächen anerkannt werden. „Man muss faire Verhandlungen führen im Bewusstsein, dass Großbritannien ein strategischer Partner ist, der schon immer in einem Sonderverhältnis zu Kontinentaleuropa stand.“²⁰ ///



/// DR. ALICE NEUHÄUSER M.A.

ist Politikwissenschaftlerin und lehrt an der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Münster.

Anmerkungen

¹ Art. 50 Abs. 2 EUV.

² Brexit. Gespräche sollen in 18 Monaten abgeschlossen sein, in: Wirtschaftswoche, 6.12.2016, http://www.wiwo.de/politik/europa/brexit-gespraech-sollen-in-18-monaten-abgeschlossen-sein/v_detail_tab/14941704, Stand: 2.1.2017.

³ Brexit trade deal could take 10 years, says UK' ambassador, 15.12.2016, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-38324146>, Stand: 2.1.2017.

⁴ Borger, Sebastian: 60 Milliarden Euro kostet der Brexit, in: Frankfurter Rundschau, 15.11.2016, <http://www.fr-online.de/brexit/grossbritannien-60-milliarden-euro-kostet-der-brexit,34340058,34940068.html>, Stand: 2.1.2017.

⁵ British Influence: EEA Briefing, 2016, <http://www.influencegroup.org.uk/eea>, Stand: 2.1.2017.

⁶ May, Theresa: Brexit Speech, London, 17.1.2017.

⁷ Ebd.

⁸ Bolzen, Stefanie: Zentralbankchef lobt Vorteile der EU-Mitgliedschaft, in: Die Welt, 23.10.2015, S. 10.

⁹ Die Brexit-Strategie. Gut gerüstet? Was Unternehmen bei einem eventuellen EU-Austritt beachten sollten, in: International Business 2016, hrsg. von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, S. 5.

¹⁰ May: Brexit Speech.

¹¹ Teure Alternativen zur EU, in: Brexit, Digitalisierung, Grundeinkommen, in: iwd. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln 22/2016, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2.6.2016, S. 5.

¹² Sinn, Hans-Werner: Deutschland ist der größte Verlierer, in: Handelsblatt, 1.7.2016, S. 54-57, hier: S. 54.

¹³ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, in: Brexit, Digitalisierung, Grundeinkommen, S. 2.

¹⁴ May: Brexit Speech.

¹⁵ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, S. 2.

¹⁶ May: Brexit Speech.

¹⁷ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, S. 2.

¹⁸ Die Brexit-Strategie, S. 5.

¹⁹ Dubbert, Mathias: Thema des Monats. Deutsche Exporte in Zeiten des Brexit, in: Brexitnews. Aktuelle Informationen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, hrsg. vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Newsletter November 2016, S. 2.

²⁰ Forstner, Christian: Politischer Bericht aus Brüssel, in: Berichte aus dem Ausland 12/2016, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, 29.6.2016, S. 6.